



Wählergruppe

**Bürger für Frieden,
Vernunft und Gerechtigkeit**

BSW-Unterstützerkreis
Brandenburg an der Havel



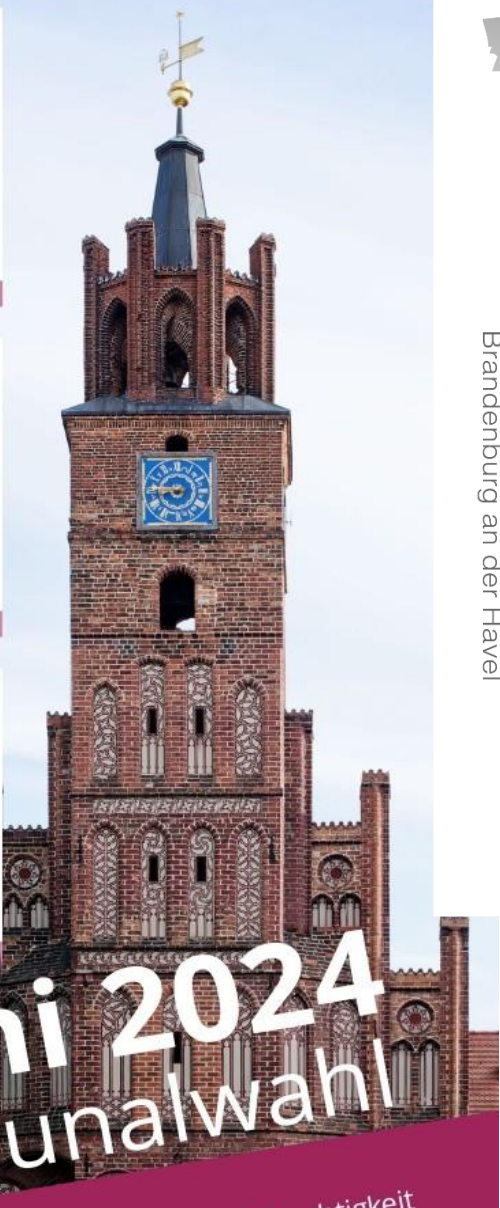
Andreas Kutsche - WK 1



Heidi Hauffe - WK 2



Bernd Lachmann - WK 3



9. Juni 2024
Kommunalwahl

Mitglieder im
Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit



Liste 8

Kommunalwahlprogramm 2024 bis 2029



Wählergruppe

**Bürger für Frieden,
Vernunft und Gerechtigkeit**

BSW-Unterstützerkreis
Brandenburg an der Havel

Impressum:

Andreas Kutsche

Domlinden 27, 14776 Brandenburg

www.kommunalwahl2024@t-online.de

03381/795059

Präambel

„Der **Friede** ist das Meisterstück der **Vernunft**“

(Immanuel Kant)

„Wahrer **Friede** ist nicht nur die Abwesenheit von Spannungen;
gen;

er ist die Anwesenheit von **Gerechtigkeit**“

(M.L. King Jr.)

Unsere Wählergruppe „**Bürger für Frieden, Vernunft und Gerechtigkeit**“ tritt in der Stadt Brandenburg an der Havel erstmals zur Kommunalwahl an.

Wir sind eine der Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit“ nahestehende Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

Unsere drei Spitzenkandidaten sind Mitglieder des BSW.

Wir unterbreiten Ihnen hier ein Angebot jenseits der etablierten Parteienlandschaft für die Kommunalpolitik der nächsten fünf Jahre in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel.

Auf dem Stimmzettel finden Sie uns als **Liste 8**.

Unsere inhaltlichen Schwerpunkte konzentrieren sich, wie schon im Kurzwahlprogramm auf:

FRIEDEN

VERNUNFT

GERECHTIGKEIT

FRIEDEN

Unsere Stadt ist Mitglied der weltweiten Organisation „**Mayors for Peace**“ (Bürgermeister für den Frieden). Diesem Netzwerk gehören aktuell über 8.000 Städte und Gemeinden aus 166 Ländern an. Deutschland ist mit über 800 Städten vertreten.

Bezüglich des Krieges in der Ukraine haben „Mayors for Peace“ einen Appell zur friedlichen Beilegung aller bewaffneten Konflikte und zur Abrüstung der Atomwaffen veröffentlicht.

Wir nehmen den Oberbürgermeister und alle Fraktionen der SVV in die Pflicht, der Mitgliedschaft in diesem Bündnis besser als bisher gerecht zu werden.

Das bedeutet:

- Die Teilnahme an den alle zwei Jahre stattfindenden Bundeskonferenzen durch den OB oder eine/n Stellvertreter/in und Bericht über die Ergebnisse an die SVV.
- Das öffentliche Hissen der „Mayors for Peace“ – Flagge jährlich am 8. Juli. Dazu gehört der Erwerb einer seit 2023 neu gestalteten Flagge.

Weiterhin fordern wir:

- Die Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag aktiv zu nutzen, um über dieses Gremium Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit Diplomatie Vorrang vor Waffenlieferungen und Kriegsführung hat.
- Abstand, von der „atomaren Teilhabe“ zu nehmen.
- Die **Erziehung zur „Kriegstüchtigkeit“** aus den Schulen zu **verbannen**.
- Das Gesundheitswesen **NICHT** auf „Kriegstüchtigkeit“ zu trimmen.
- Abrüstung statt Aufrüstung durchzusetzen.

Als Stadtverordnete müssen wir darauf achten, dass der soziale Frieden in der Stadt und seinem Umland gewährleistet bleibt. Wir fühlen uns dafür in erster Linie verantwortlich und werden es deshalb nicht hinnehmen, wenn durch Entscheidungen in der Bundes- oder Landespolitik die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge gefährdet werden.

Wenn dies in Folge politischer Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene gefährdet ist, muss seitens der

kommunalen Verantwortungsträger eine Gegenreaktion erfolgen.

Der äußere und innere Frieden sind die Grundlagen für die dauerhafte Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürger unserer Stadt. Es ist abzusichern, dass in diesem Rahmen für alle Bürgerinnen und Bürger jederzeit Güter und Leistungen vorhanden bzw. gewährleistet sind, die das tägliche Leben/Überleben sichern, wie Energieversorgung, Wasserversorgung, Wohnen, Krankenhäuser, Personennahverkehr.

Wir wollen das 35-jährige Jubiläum des Bestehens der Städtepartnerschaft zur russischen Partnerstadt Magnitogorsk im Jahr 2024 in einem würdigen und öffentlichen Rahmen begehen.



VERNUNFT

Die Transparenz bei langfristigen Baumaßnahmen (Straßenbau, Brückenbau, neue Wohngebiete) durch Einbeziehung der Bürger in Form von Foren, Diskussionsrunden, Ortsbegehungen u. ä. ist uns wichtig. Sie finden statt, sind allerdings ausbaufähig. Eine transparente Auftragsvergabe an Unternehmen muss gewährleistet sein.

Viele Brücken und Straßen der Stadt sind sanierungsbedürftig. Eine dringende Aufarbeitung des Brückendesasters ist notwendig.

Das Aufstellen von weiteren Abfallbehältern, besonders im Umfeld von Supermärkten, an Haltestellen und an Bänken in Grünanlagen, sowie deren regelmäßige Leerung ist für uns ebenso wichtig, wie das Aufstellen weiterer Hundekotstationen besonders in Grün- und Parkanlagen.

Für die zahlreichen Hundebesitzer der Stadt wollen wir uns dafür einsetzen, auf ungenutzten Flächen eingezäunte Freilaufflächen für Hunde zu errichten.

Die Stadt benötigt ein gut ausgestattetes und funktionierendes Tierheim.

Die Wiederherstellung und Erweiterung der Blühstreifen, sowie Unterstützung der Initiative „Brandenburg summt“ werden wir anstreben.

Zur Vermeidung weiteren Leerstands ist die gezielte Förderung von inhabergeführten, lokalen und stadtbildprägenden Geschäften in allen Stadtteilen sinnvoll.

Den Verkauf von weiteren städtischen Grundstücken wollen wir stoppen und diese z.B. nur als Vergabe über Erbpacht ermöglichen. Das schafft regelmäßige und dauerhafte Einnahmen für die Stadt. Kommunale Grundstücksflächen und anderweitiges kommunales Eigentum dürfen nicht mehr verkauft werden.

Eine auskömmliche finanzielle Ausstattung unserer Stadt muss eingefordert und verwirklicht werden.

Beispiel: Unterfinanzierung des städtischen Uni-Klinikums Brandenburg. Eine kurzzeitige Rettung erfolgte 2024 durch 12 Millionen Euro aus dem Stadthaushalt. Das darf keine Dauerlösung sein und ist nicht die Aufgabe einer Kommune.

Die Stärkung des Universitätsklinikums Brandenburg ist erforderlich, um die bedarfsgerechte stationäre Akutversorgung der Bevölkerung zu sichern.

Es ist Aufgabe unseres OBs und der Parteien in der SVV, ihre Landtags- und Bundestagsabgeordneten aufzufordern, dafür zu sorgen, dass die Finanzierung der Vorgaben durch Bund und Land auch durch diese erfolgen und nicht auf die Stadt abgewälzt werden dürfen.

Zur auskömmlichen Finanzausstattung unserer Stadt gehört auch die weitere Ansiedlung von Industrie und Gewerbe. Die Gewerbesteuern bringen Einnahmen für die Stadt und Arbeit für die Einwohner, was die Wirtschaft insgesamt belebt und die Nachfrage nach Produkten erhöht, was wiederum zur Belebung der Innenstadt und zu weiteren Einnahmen für die Stadt führt.

Im Zuge von Industrieansiedlungen soll möglichst keine Versiegelung von Bodenflächen vorgenommen werden. Wenn doch versiegelt werden muss, sind Ausgleichsmaßnahmen z.B. durch innerstädtische Baumpflanzungen vorzunehmen.

Die ÖPNV-Taktung muss weiter verbessert werden, so dass die Bürger jederzeit die Innenstadt gut erreichen können.

Die Einrichtung von Rufbussen für äußere Stadtteile und die Ortsteile besonders in den Abendstunden soll verwirklicht werden.

Für die vielen Berufspendler nach Potsdam oder Berlin müssen dringend neue Parkmöglichkeiten in Bahnhofsnähe geschaffen werden. Es ist deshalb notwendig, mit der Deutschen Rentenversicherung über die kostengünstige Nutzung ihres Parkhauses durch die Öffentlichkeit zu verhandeln.

Fahrradwege in der Innenstadt sind auszubauen und darüber hinaus sollte eine Weiterführung des Havelradweges in Erwägung gezogen werden.

Die Errichtung von Fahrradparkplätzen an den meistfrequentierten Umsteigestationen von Bus-Bahn-Zug erachten wir als sinnvoll.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und städtischen Einrichtungen ist sicherzustellen.

Die Kosten der Altenheime für diejenigen, die über keine Vermögen verfügen, dürfen nicht der Stadt aufgebürdet werden. Setzen wir unsere Abgeordneten in Land und Bund unter Druck, damit nicht die Städte die explodierenden Kosten für die Heimbewohner übernehmen müssen. Gesundheit und Pflege sollen für alle bezahlbar sein. Auch dafür ist die Verantwortung der Landes- und Bundespolitik einzufordern.

Ältere Menschen sind oft auf Sparkassen vor Ort angewiesen. Durch das Schließen von Filialen ist das nicht mehr überall gewährleistet.

Wir schlagen die Einrichtung eines Sparkassenbusses vor, der regelmäßig solche Stadtteile wie Nord und Plaue/Kirchmöser sowie die weiteren Ortsteile anfährt. Die Sparkasse muss damit beauftragt werden.

Weitere Filialschließungen müssen ausgeschlossen werden.

Insbesondere die Sparkassen als Anstalt des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, die Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen überall zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten.

Auf online-Dienste zu verweisen, ist falsch. Es gibt viele Bürger, insbesondere in der älteren Bevölkerungs-

gruppe, die das Internet nicht nutzen und es sogar ablehnen. Für sie muss gewährleistet bleiben, dass sie ihre Bankangelegenheiten vor Ort erledigen können.

Brandenburg soll dem Beispiel der Städte Hürth, Eschweiler, Düsseldorf und Meschede folgen und darauf verzichten, säumige Rundfunkbeiträge für den RBB einzutreiben. Statt GEZ-Vollstreckungsmaßnahmen durchzuführen, wollen wir diesen Verwaltungsaufwand einsparen und das Geld stattdessen für eine bessere Daseinsvorsorge ausgeben, die den Bürgern unserer Stadt wirklich nützt.



GERECHTIGKEIT

Bei der künftigen Stadtentwicklung wollen wir darauf achten, dass alle Stadt- und Ortsteile gleichwertig unterstützt und gefördert werden.

Die Stadt hat für bedarfsgerechte und eine ausreichende Anzahl von Wohnungen zu sorgen. Hier sind für alle Einkommensgruppen bezahlbare Mieten besonders wichtig. Die Anzahl der Wohnungen darf nicht durch Abriss verknappt und die Mieten durch Neubau verteuert werden. Modernisierung von Altbausubstanz muss zum Neubau in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Plattenbauten sind unter ästhetischen und umweltfreundlichen Aspekten zu sanieren und als günstiger sozialer Wohnraum zu erhalten.

Insgesamt ist die Anzahl der Wohnungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus mit Bindung an einen WBS zu erhöhen.

Bei der zukünftigen Bebauung des Packhofgeländes sind die genannten Aspekte unbedingt zu berücksichtigen. Die wobra darf die Preistreiberei durch regelmäßige Erhöhungen der Netto-Kaltmieten ohne jegliche Veränderung an den Wohnungen nicht mitmachen.

Obdachlosen ist eine menschenwürdige Unterkunft zu garantieren.

Gerechter Lohn für gute Arbeit dient dem Wohlergehen der Bürger und der Stadt. Kommunale Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne bzw. mind. einen Lohn (Mindestlohn) von 14 €/Std. zahlen und gute Arbeitsbedingen gewährleisten.

Unternehmen der kommunalen Grundversorgung dürfen nicht nach „betriebswirtschaftlichen Prämissen“ arbeiten, sondern müssen dem Wohl der Bürger der Stadt zu angemessenen Preisen dienen. Sie sollen (re)kommunalisiert werden. Das gilt auch für die Gesundheitseinrichtungen unserer Stadt, wie dem Klinikum, dem Gesundheitszentrum, den Alten- und Pflegeheimen usw.

Die EU-Staaten und das Europaparlament haben beschlossen, und das ist in Deutschland bis November 2024 noch umzusetzen, dass es eine Tarifbindungsquote von 80 Prozent geben muss. Aktuell liegt sie in Ostdeutschland bei ca. 45 Prozent. In unseren städtischen Eigengesellschaften bzw. in deren Töchtern gibt es reichlich Nachholbedarf. Die

Kommune muss ihrer Vorbildfunktion nachkommen und diesbezüglich tätig werden.

Die Schulentwicklungsplanung ist den heutigen und künftigen Erfordernissen entsprechend aufzustellen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bildungscampus am Wiesenweg soll unbedingt wieder eine Gesamtschule errichtet werden. Die Entscheidung soll nicht nur in der SVV, sondern im Vorfeld unter Einbeziehung aller Beteiligten (Schüler, Eltern, Lehrer) getroffen werden.

Kostenloses Mittagessen an Schulen in Trägerschaft der Stadt ist organisatorisch und finanziell abzusichern.

Zur Erweiterung der Trägervielfalt in der Kita-Landschaft gehören städtische Kindertageseinrichtungen.

Gebührenerhöhungen für die VHS, die Städtische Musikschule, die Fouqué Bibliothek, das Marienbad und andere kommunale Einrichtungen werden wir nicht mittragen.

Die Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote müssen für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt bezahl- und nutzbar sein. Alle Kunst- und Kultureinrichtungen der Stadt sind auskömmlich zu finanzieren und zu erhalten. Es darf

nicht unterschieden werden zwischen kulturellem Leuchtturm wie dem Brandenburger Theater und der Kleinkunst in ihrer Vielfalt, sowie der freien Kunst- und Kulturszene.

Die Brandenburger Symphoniker brauchen nach Auslaufen des Haustarifvertrages in drei Jahren eine finanziell abgesicherte Zukunft, damit dieses einzige feste Ensemble dem Brandenburger Theater erhalten bleibt.

Zum 1100-jährigen Stadtjubiläum im Jahr 2028 muss die Stadt über ein saniertes Stadtmuseum verfügen.

Der Bau eines Museumsdepots muss beginnen und zum Stadtjubiläum fertiggestellt sein.

Der Fortbestand der Kunsthalle Brennabor nach Ende der mietfreien Zeit ab 2027 ist durch die Stadt zu gewährleisten.

Das Marienbad muss als Volksbad saniert werden, aber auch danach für alle bezahlbar bleiben. Im Jahr 2025 sollte das 25-jährige Bestehen des Marienbades sportlich und kreativ gefeiert werden,

Das Parkhaus für Besucher des Marienbades ist wieder kostenfrei anzubieten. Damit könnte das Parkplatzproblem um das Marienbad entschärft werden.

Notwendig ist die Gewährleistung einer auskömmlichen Finanzierung für alle freien Bildungsträger in der Stadt. Dies hat entsprechend der Finanzierung der Volkshochschule (VHS) zur Absicherung eines für alle bezahlbaren, lebenslangen Lernens zu erfolgen. Das Land ist dafür in die Pflicht zu nehmen.

Die Jugendeinrichtungen der Stadt sind egal welcher inhaltlichen Ausprägung und unabhängig von ihrer Stammklientel zu erhalten und entsprechend ihrem Bedarf finanziell auszustatten. Das Gleiche soll für die zwei Kunstschulen gelten.

Für den Stadtteil Kirchmöser/Plaue ist ein neues Angebot zu schaffen.

Brandenburg hat einen Bürgerhaushalt. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen über die Verwendung eines Teils der städtischen Finanzen selbst entscheiden. Der Etat dafür ist anzupassen. Die Verwaltung soll diesen Prozess nur moderierend und beratend begleiten.

Wir achten darauf, dass über den Bürgerhaushalt jährlich nachvollziehbar entschieden wird.

Die Grundsteuerhebesätze für 2025 und Folgejahre sind so zu gestalten, dass keine wesentliche Erhöhung der Belastung von Grundstückseigentümern und Mietern erfolgt. Die Grundsteuermessbeträge sollen ab 2025 um das 2-4-fache steigen. Deshalb müssen die gegenwärtigen Hebesätze gesenkt werden. Sonst drohen überdurchschnittliche Mehrbelastungen für Eigenheimbesitzer und Mieter.

Wenn Landwirte, Transportunternehmer und Vertreter anderer Gewerbe bundesweit, aber auch in unserer Stadt protestieren, ist es unsere Pflicht, sich dafür einzusetzen, die Nöte der Demonstranten kennenzulernen und zu helfen, die Probleme zu beseitigen. Ist das auf der Ebene der SVV nicht möglich, haben wir die jeweiligen Landes-, Bundestags- und EU-Abgeordneten unserer jeweiligen Parteien über die Gründe für die Proteste zu informieren und damit zu beauftragen, sie zu lösen.

Notizen:





Wählergruppe

**Bürger für Frieden,
Vernunft und Gerechtigkeit**

BSW-Unterstützerkreis

Kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel